

Tanja Thomas

## „Mittig“ ist nur das Mittel

### Nation und nationale Identität im medial vermittelten politischen Diskurs



*Tanja Thomas, geb. 1968 in Saarbrücken, Studium der Germanistik, Bildenden Kunst und Kunsterziehung, Medienwissenschaft/Medienpraxis in Saarbrücken und Tübingen, arbeitet an einer Dissertation zum Thema „Konstruktion nationaler Selbst- und Fremdbilder in Talkshows des deutschen Fernsehens“.*

„Manche befürchten den Untergang Deutschlands, wenn Türken und andere Ausländer Deutsche werden können, ohne ihren alten Pass abzugeben. CDU und CSU sammeln Unterschriften gegen den Doppelpass, der Druck der Straße soll den Multikulti-Unsinn stoppen. An den Ständen gibt es zuweilen Randalen von links und Applaus von ganz rechts.“ Mit diesen Worten kündigte Stefan Aust Anfang 1999 seine Talkshow „Talk im Turm“ zur Frage der doppelten Staatsbürgerschaft und der umstrittenen Unterschriftenaktion in Hessen an. Die Diskussion um die Doppelte Staatsbürgerschaft entwickelte sich zur Grundwertedebatte um das deutsche Selbstverständnis: Mit der Frage, wer Bürger der deutschen Gesellschaft ist, wurden die Begriffe „Nation“ und „nationale Identität“ erneut aktualisiert. Zugleich, so zeigt Austs Formulierung, fordert die Bezugnahme von PolitikerInnen auf die „Nation“ immer auch eine Eigenpositionierung im symbolischen politischen Spektrum heraus.

Auch in der öffentlich geführten Debatte - so im Februar und März 2001 in der Frankfurter Rundschau – macht sich der Konkurrenzkampf der Parteien um die Besetzung der politischen Mitte verstärkt geltend, während in der Presse, im Fernsehen und im Bundestag wieder über das deutsche Nationalempfinden debattiert wird. Unterdessen gilt die Betonung von Gemeinsinn und Gemeinwohl im medial vermittelten politischen Diskurs, in dem das „nationale Wir“ Prämisse des Denkens ist, VertreterInnen der These von einer „Erosion der politischen Mitte“<sup>1</sup> als ein zentrales Kriterium. Dabei stehen diese These und der symbolische Kampf um

1 Vgl. Ursula Birsl/Peter Lösche, (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer, Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/M. 2001, S. 346-377; zur Einführung des Begriffs des „Extremismus der Mitte“ vgl. Wolfgang Kraushaar, Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur, in: Hans-Martin Lohmann, Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis der deutschen Nation, Frankfurt/M. 1994; zur weiterführenden Diskussion vgl. u.a. Margret Jäger/Siegfried Jäger, Gefährliche Erbschaften, Berlin 1999.

die politische Mitte nur scheinbar in einem Widerspruch - im Gegenteil lässt sich zeigen, dass das Konkurrieren der Parteien um die politische Mitte als Fortführung und Bestätigung dieses „Erosionsprozesses“ gelesen werden kann.

### Die „nationale Wiedervereinigung“: ein Familienroman als Fortsetzungsgeschichte?

Besonders seit der „Wiedervereinigung“ finden sich im medial vermittelten politischen Diskurs immer häufiger Bezugnahmen auf die „deutsche Identität“. Schon der Begriff „Wiedervereinigung“ unterstellt die Wiederherstellung eines scheinbar natürlichen Zustandes nationaler Einheit.<sup>2</sup> Der vielfach thematisierte, prägnante Wechsel des Slogans der Leipziger Montagsdemonstranten von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ wird als Wiederkehr des „Mythos Nation“ konstatiert<sup>3</sup>. Er habe, so Astrid Messerschmidt, schließlich einen Beitrag zu einer Inszenierung der Vereinigung als „Familienzusammenführung“<sup>4</sup> geleistet und zu einer Renationalisierung und zum Ausschluss anderer Bevölkerungsgruppen geführt. Im Rückblick erscheint dies tatsächlich nur als eine Station in einem Prozess<sup>5</sup>. Die Proklamation der „deutschen Leitkultur“ löst hier kaum mehr Erschütterungen denn vereinzelt schwachen Protest aus, der Distanzierungen kaum durchzusetzen vermag. Der Ausspruch der frisch gewählten PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer „Ich liebe Deutschland“ als Bekenntnisformel im medial vermittelten politischen Diskurs scheint offensichtlich immer mehr politischen AkteurInnen aller Parteien ein produktives Instrument im Kampf um Wählerstimmen und zur Durchsetzung parteipolitischer Ziele. Die im Frühjahr 2001 aufgekommene Debatte um die in der Vergangenheit bereits mehrfach als Skinhead-Parole gekennzeichnete Äußerung „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ ist keineswegs neu: Der heftig in die Kritik geratene Martin Walser bezeichnete das Bekenntnis schon 1993 als eine Folgewirkung der 40-jährigen Unterdrückung des Nationalen: „Weil wir aus den allertriftigsten Gründen die Nation so klein gemacht haben, deshalb haben Landsleute, die das nicht ertragen wollten oder konnten, den Nationalismus in Pflege genommen. Ich glaube, die Entwicklung rechts-extremer Gruppierungen ist eine Antwort auf die Vernachlässigung des Nationalen durch uns alle“<sup>6</sup>. Dieser Vernachlässigung sucht nun offensichtlich nicht nur CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer entgegenzutreten, indem er die Bekenntnisformel für sich

2 Vgl. Detlef Claussen, Wer ist das Volk? Kritik einer Begriffsverwirrung: Nation, Volk, Ethnos, Kultur, etc., in: Elçin Kürsat-Ahlers/Duran Tan/Hans-Peter Waldhoff (Hrsg.), Globalisierung, Migration und Multikulturalität, Frankfurt/M. 1999, S. 247-256.

3 Vgl. u.a. Christoph Butterwegge, Massenmedien, Migrant(inn)en und Rassismus, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatna Sarigöz (Hrsg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen 1999, S. 74; Wolfgang Gessenharter, Herausforderungen der Jahrtausendwende: Kann Nation die Antwort sein?, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.), NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland, Baden-Baden 1997, S. 141-171.

4 Vgl. Astrid Messerschmidt, Wandernde Verwandtschaften. Beziehungsgeflechte zwischen Fremden im ost-west-deutschen Kontext, in: Doron Kiesel/Astrid Messerschmidt/Albert Scherr (Hrsg.), Die Erfindung der Fremdheit, Frankfurt/M. 1998, S. 215-224.

5 Vgl. u.a. Beiträge in: Redaktion Bruno Schoch, Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt/M. 1992, S. 79-96; Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 138ff (seine Darstellung der Rehabilitierung des Nationalen setzt mit dem Regierungswechsel 1982 ein).

6 Martin Walser, Deutsche Sorgen, in: Der Spiegel v. 8.2.1993, S. 43, zit. nach Butterwegge, NS-Vergangenheit, S. 187; zur Diskussion vgl. Johannes Klotz/Gerd Wiegel, Geistige Brandstiftung. Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999; Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann, Umkämpftes Vergessen, ....; Frank Schirrmacher (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte, Frankfurt/M. 1999.

öffentlich reklamiert; in dem Streit um die Forderungen nach Entlassung des Bundesumweltministers Jürgen Trittin wegen dessen Kritik an dem CDU-Politiker forderte F.D.P.-Generalsekretär Guido Westerwelle in der Talkshow „Sabine Christiansen“ eine Debatte um das „deutsche Nationalempfinden“ im Bundestag<sup>7</sup>. Die Empörung über Trittins Kritik an Meyer hat weitere Stellungnahmen provoziert; die Distanzierung des Bundespräsidenten von der entsprechenden Formulierung veranlasste CSU-Generalsekretär Thomas Goppel wie CDU-Vize Jürgen Rüttgers zu fragen, ob Rau die Bürgerinnen und Bürger seines Landes angemessen vertrete; er sei, so Rüttgers, „nicht der Bundespräsident aller Deutschen“.

Seit Anfang der neunziger Jahre hat die immer wieder auflebende Rede von der „verständlichen Überfremdungsangst“ im Kontext der Asyldebatte die Identifizierung von Volk und Nation mit Hinweis auf die so genannte „Abstammung“ vorangetrieben.<sup>8</sup> Die Tatsache, dass im März 2001 die Diskussion um den „Nationalstolz“ von der CDU (zunächst) in Rheinland-Pfalz als Wahlkampfthema genutzt wurde - Christoph Böhr kandidierte in Rheinland-Pfalz um das Amt des Ministerpräsidenten mit einem Plakat „Jetzt reicht´s. Trittin beleidigt ganz Deutschland. Die SPD schaut zu“ - lässt sich indes als weiteres Indiz dafür lesen, dass eine Normalisierung der Berufung auf nationale Identität und die „natürliche Einheit“ der Nation zu verzeichnen ist.

In der Auseinandersetzung mit dem „Sagbaren“ bzw. „Unsagbaren“ in einem politischen Diskurs, der sich - so konstatiert eine Reihe von Untersuchungen - durch eine „Erosion“ der Mitte in den letzten Jahren merklich verschoben hat<sup>9</sup>, entwickelt sich parallel dazu in den vergangenen Monaten ein medial inszenierter symbolischer Kampf um die Besetzung der „politischen Mitte“.<sup>10</sup> Diese ist ein im Bewußtsein der Bevölkerungen westlicher Industrienationen fest verankertes Symbol, das WählerInnen Normalität und PolitikerInnen Mehrheiten verspricht.<sup>11</sup> Im Folgenden wird zu zeigen sein, dass diese „Metapolitik“, der Streit um die politische Mitte, die These der Erosion der politischen Mitte bestätigt. Sie fügt sich somit in den Kontext einer zunehmenden Ethnisierung der Gesellschaft<sup>12</sup>, einer Kulturalisierung der Politik<sup>13</sup> und einer Entpolitisierung sozialer Konflikte<sup>14</sup>.

---

7 Die Sendung „Sabine Christiansen“ wurde in der ARD am 18.3.2001 ausgestrahlt.

8 Vgl. exemplarisch Frank Wichert, Die konjunkturelle Entwicklung des Themas Asyl im Deutschen Bundestag, in: Ernst Schulte-Holtey (Hrsg.), Grenzmarkierungen, Normalisierung und diskursive Ausgrenzung, Duisburg 1995, S. 99-115.

9 Vgl. Christoph Butterwegge/Alexander Häusler, Themen der Rechten – Themen der Mitte. Rechtsextreme Einflüsse auf Debatten zu Migration, Integration und multikulturellem Zusammenleben. Medienexpertise im Auftrag der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (Laga NRW), 2001.

10 Vgl. die Debatte in Frankfurter Rundschau: 5.2 (Franz Müntefering), 9.2. (Wolfgang Schäuble), 14.2. (Jürgen Rüttgers), 29.2. (Peter Struck), 28.2 (Streitgespräch Schäuble/Müntefering, 16.3 (Friedrich Merz).

11 Vgl. Siegfried Jäger u.a., Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg 1998, S. 16.

12 Vgl. Wolf Dietrich Bukow, Feindbild Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen 1996.

13 Die nicht auf materielle Interessen rückgeführt wird, sondern ihre Legitimation als Wahrung kultureller Identitäten etikettiert, vgl. Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen - Praxisfelder, Opladen 1994, S. 97.

14 Vgl. Butterwegge/Häusler, S. 25.

### **Auf der Suche nach der „deutschen Identität“: Ethnisierung und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung**

Statische und wesensmäßige Definitionen der nationalen Identität ignorieren die Tatsache, dass das, was die nationale Identität ausmacht, häufig Orte intensiver Auseinandersetzungen zwischen einer Vielzahl unterschiedlicher Gruppierungen und Interessen sind. Medial inszenierte „Gespräche“ unter PolitikerInnen im Fernsehen liefern uns Beispiele für solche „Auseinandersetzungen“: Gerade diese Talkshows sind deshalb so interessant, weil sie im Bemühen um die Grenzziehung zwischen dem Eigenen und dem Fremden (und deren Rechtfertigungen) eine Fülle von Beispielen dafür liefern, wie Nation und nationale Identität gesetzt, konstruiert und reproduziert werden.<sup>15</sup> Die interaktiven Reproduktionen des nationalen „Wir“ und der „anderen“ stehen im Spannungsfeld zwischen scheinbar selbstverständlicher Einforderung eindeutiger nationaler Zuordnung und Homogenisierung einerseits und der Abwehr der Zuschreibungen von „ethnischen“ Eigenschaften, Verhaltensweisen und dem Einfordern von Differenzierung andererseits<sup>16</sup>: Nationale Identität stellt sich dar als grundsätzlich dynamisches, konflikthafte, instabiles und unklare Phänomen.<sup>17</sup>

Zwar wird oft die These vertreten, nationale Identitäten „zerstreuten“ sich zunehmend unter den Bedingungen einer weltweiten ökonomischen, sozialen und politischen Globalisierung<sup>18</sup>, und die interaktiv hergestellten nationalen Selbst- und Fremdbilder sind auf Gesprächsebene in Talkshows von Spaltungen und Differenzen durchzogen. Dennoch kann gezeigt werden, wie Akteure in medial inszenierten Interaktionen über Einzeläußerungen hinweg ein relativ homogenes und stabiles nationales „Wir“ konstruieren, wie Nation und nationale Identität als gemeinschaftsstiftend etabliert werden. Trotz aller Unterschiedlichkeit der Argumentationsweisen (beispielsweise pro und contra doppelte Staatsbürgerschaft) und unterschiedlicher Parteizugehörigkeiten beteiligter PolitikerInnen gelingt die „harmonisierende Artikulation von Differenzen“<sup>19</sup>, die im Sinne eines Hegemoniekonzeptes das „nationale Wir“ zu tragen imstande ist. Die Wiederbelebung ethnischer Differenzierung und eines Nationalgefühls sei paradigmatisch in Prozessen von Modernisierung und Globalisierung, argumentieren in diesem Sinne Schlee/Werner<sup>20</sup>: Ethnizität als ungemein erfolgreicher Code der Beschreibung von Unterschieden in der jüngeren Geschichte sei nicht allein deshalb so erfolgreich, weil die äußeren Gegebenheiten dies einforderten, sondern weil der Ethnizitätscode als eine sinnstiftende Form der Wahrnehmung und Organisation von

15 Eine Konzeption der Nation als Konstruktion verbindet eine Reihe von Arbeiten zum Nationenbegriff, die sich unter der These „Staaten schaffen sich ihre Nationen“ zusammenfassen lassen: vgl. u.a. Homo Bhaba, *Nation as Narration*, London/New York 1990, S. 1-8; Eric Hobsbawm, *Nation und Nationalismus seit 1780*, München [1991] 1996; Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation*, Berlin [1983] 1998; Anthony Giddens, *The Nation State and Violence*, Oxford 1985.

16 Identitätsstiftung über die Nation ist in diesen Texten häufig verbunden mit dem Rekurs auf ethnische Zugehörigkeit und „Volk“: „Nationen“ und „Ethnien“ werden als Gebilde von grundsätzlich derselben Art behandelt; sie unterscheiden sich durch das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein des Elements der „Staatlichkeit“. Der „Unterschied ist kein ontologischer, sondern ein politisch praktischer. Er beschreibt die Relation unterschiedlicher Ressourcen und wird von spezifischen Akteuren positionsspezifisch genutzt“ (vgl. Günther Schlee/Karin Werner, *Inklusion und Exklusion. Die Dynamik von Grenzziehungen im Spannungsfeld von Markt, Staat und Ethnizität*, in: Günther Schlee/Karin Werner (Hrsg.), *Inklusion und Exklusion*, Köln 1996, S. 23).

17 Vgl. Ien Ang, *Kultur und Kommunikation. Auf dem Weg zu einer ethnographischen Kritik des Medienkonsums im transnationalen Mediensystem*, in: Roger Bromley/Udo Göttlich/Carsten Winter (Hrsg.), *Cultural Studies*, Lüneburg 1999, S. 317-340, hier 325.

18 Vgl. Stuart Hall, *Das Lokale und das Globale: Globalisierung und Ethnizität*, in: ders., *Rassismus und Identität. Ausgewählte Schriften 2*, Hamburg 1994, S. 44-65, hier 47.

19 Stuart Hall, *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, Hamburg 1994, S. 85.

20 Vgl. Schlee/Werner, S. 20.

Unterschieden in Globalisierungsprozesse eingewoben sei und die Form dieser Prozesse zentral mitgestalte.<sup>21</sup> Gerade dem Nationalstaat drohe scheinbar im Zeitalter der Globalisierung ein Machtverlust; so begegne er der Globalisierung der Finanzströme mit einer Priorisierung nationaler Interessen zur Rechtfertigung und Legitimation politischer Machtausübung.<sup>22</sup>

Ethnische Aspekte der Nationenkonstruktion werden unter einem solchen Zugang nicht länger durch Bindungen an Kultur oder „Volk“ bestimmt, sondern es wird nach den Erträgen gefragt, die Ethnisierung den Akteuren hinsichtlich der Gewinnung oder Behauptung ökonomischer und politischer Macht versprechen (kann).<sup>23</sup> Es muss untersucht werden, wie Interagierende in Prozessen institutionalisierter kultureller Produktion bestimmte Bedeutungen von Nation und nationaler Identität hervorbringen, und zwar bevorzugte Bedeutungen, die der Absicherung der bestehenden ökonomischen, politischen und sozialen Machtverhältnisse dienen (können): Es kann also nicht darum gehen, Beschreibungsmerkmale einer „deutschen“ nationalen Identität auszumachen, sondern die Analyse muss die strukturellen Bedingungen der (Re-) Produktion des nationalen „Wir“, die Bezugnahme der unterschiedlichen Akteure auf geteilte Ressourcen und Rechtfertigungsmuster heraus arbeiten. Es stellt sich die Frage nach dem „Gebrauchswert“<sup>24</sup> von Zuschreibungen, die Frage nach der Macht zur Artikulation, nach Kontinuitäten, Veränderungen und Bedingungen des Sagbaren und des Unsagbaren in einem medial vermittelten politischen Diskurs.

### **Nation und nationale Identität: Reproduktionen zwischen Konsens und Konkurrenz um die Deutungsmacht**

Die Identifikation einer Bevölkerung mit dem Begriff der Nation ist weder als „ganz von selbst“ noch als Resultat einer Manipulation von oben, beispielsweise durch die Regierung zu betrachten.<sup>25</sup> Das kollektive Selbst ist kein automatisches Ergebnis objektiver Lagen und

21 Besonders im Zeitalter der Modernisierungs- und Transformationsprozesse und der eingelagerten Rationalisierung der sozialen Beziehungen, Verrechtlichung und Ausbreitung der Käuflichkeit gewinne die Herstellung der Wir-Gemeinschaft an Bedeutung (Georg Elwert, Nationalismus, Ethnizität und Nativismus - über Wir-Gruppenprozesse, in: Peter Waldmann/Georg Elwert (Hrsg.), Ethnizität im Wandel. Saarbrücken/Fort Lauderdale 1989, S. 21-60); Alois Hahn weist darauf hin, dass Ethnizität in den funktional differenzierten Gesellschaften geradezu zur letzten möglichen kompensativen Inkorporation wird, weil sie die zunächst allgemeine wechselseitige Fremdheit aller invisibilisiert (vgl. Alois Hahn, Soziologie des Fremden, in: Erfahrungen des Fremden, Sammelband der Vorträge des Studium Generale der Ruprecht Karls Universität Heidelberg, Heidelberg 1993).

22 Die mangelnde Aufarbeitung der deutschen Nationalgeschichte und Ignoranz gegenüber der Koalitionenbildung zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Nationalkonservativen beim Eintritt in das „Dritte Reich“ münde seit den achtziger Jahren in die zunehmende Verbreitung der Forderung nach einem „normalen Verhältnis der Deutschen“ zu einer Weltmachtspolitik, die unhinterfragt keinen anderen Imperativen folge als dem der Durchsetzung nationaler Interessen, vgl. dazu Arno Klönne, Zurück zur Weltmachtspolitik? - Ambitionen des deutschen Nationalismus in Vergangenheit und Gegenwart, in: Butterwegge, NS-Vergangenheit, S. 133-140. Die Bezugnahmen auf die nationalen Interessen wurden und werden - nicht nur, aber gerade in der Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft, um Blue und Green Card, um Einwanderungsgesetz und Asylpolitik - immer deutlicher ausgesprochen und scheinen gerade mit Blick auf die EU-Politik immer häufiger fraglos akzeptiert.

23 Vgl. Julia Eckert, Ethnizität, ethnische Konflikte und politische Ordnung - Theorien und Befunde im Überblick, in: Roland Eckert (Hrsg.), Wiederkehr des Volksgeistes? Ethnizität, Konflikt und politische Bewältigung, Opladen 1998, S. 271-311, hier S. 304.

24 Vgl. dazu etwa Michael Bommers/Albert Scherr, Der Gebrauchswert von Selbst- und Fremde ethnisierung in Strukturen sozialer Ungleichheit, in: Prokla 21 (1991), S. 291-316.

25 Vgl. Butterwegge, Rechtsextremismus, S. 149.

Bedingungen (Rasse, Produktionsweise, Geographie), sondern wird erst durch einen Artikulationsprozess zur Wirklichkeit.<sup>26</sup> Medial vermittelter politischer Kommunikation kann in diesem Prozess wesentlicher Einfluss zugeschrieben werden: Medien bewirken eine qualitative Veränderung der menschlichen Erfahrung, strukturieren Zeit und Raum und gestalten maßgeblich die Kultur moderner Gesellschaften: sie formen den Alltag, über sie konstituieren sich auch kollektive und nationale Identitäten, an ihnen entlang bildet sich das Bewusstsein.<sup>27</sup>

Die Rede über das Eigene und das Fremde in Talkshows liefert im folgenden exemplarisch Belege für die Versuche von PolitikerInnen, Nationalität als strukturierendes Prinzip der Gesellschaft zu etablieren und sich als handlungsmächtige Elite zu inszenieren: Die Sendung Talk im Turm mit dem Titel „Der christdemokratische Angriff auf die Aktion Doppelpass“, moderiert von Stefan Aust, wurde Ende Januar 1999 im Kontext der Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft und die umstrittene Unterschriftenaktion in Hessen ausgestrahlt. Die Aussage des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch: „Ich glaube, dass die entscheidende Frage bleibt, auch jenseits von sozialrechtlichen Einzelfragen, ein Land muss sein Staatsbürgerschaftsrecht, und so haben es alle Nachbarländer um uns gemacht, auch jeweils so gestalten, dass es seine konkreten Probleme lösen kann“ macht deutlich, wie das Konzept der Nation als Mittel zur Inszenierung und Legitimation von Herrschaftsausübung im nationalen Wir-Interesse dienen kann. Im Bezug auf den Territorialstaat als politische Organisationsform und seine Selbstbeschreibung als Nation wird Kultur verschiedener „Ethnien“ als moderne Form der Abgrenzung relevant gesetzt: In dieser Passage greift der Moderator vorangegangene Äußerungen Kochs auf („jetzt ist das Abendland ganz weit weg“). Koch gründete seine These von der Unvereinbarkeit der Kulturen auf der christlich-abendländischen Prägung Deutschlands, aus der Kulturtraditionen, Verfassungsgrundsätze wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Grundkonsens über die gemeinsame Sprache hervorgegangen seien. Selbstbilder werden an diskursive Entwürfe der Nation und diese wiederum an kulturelle, ethnische, religiöse Zuschreibungen gebunden. Geteilte Ressourcen (Sprache, Tradition, Geschichte) stützen die Konsensherstellung über das Bestehen einer nationalen Wir-Gruppe. Ohne ins Detail gehen zu können: Legitimationen eines nationalen „Wir“, Rechtfertigungsmuster, die die Legitimität deutscher Vorrechte stützen können, Kriterien von Inklusion und Exklusion von Menschen werden unter den Interagierenden, deren Definitionen des Eigenen und des Fremden durchaus differieren, gemeinsam interaktiv hergestellt.

PolitikerInnen unterschiedlichster Parteizugehörigkeit betonen die Relevanz des „nationalen Interesses“. Positive Selbstdarstellung und das Abwägen von Vor- und Nachteilen für die „eigentlichen“ Angehörigen der Nation bilden konsensgenerierende Ausgangspunkte für Argumentationen. Dabei werden die Diskursstränge Globalisierung/Arbeitslosigkeit/Sozialstaat<sup>28</sup> verknüpft.

Die Polyfunktionalität scheint die Attraktivität des Nationenkonzepts als einheitsstiftend auszumachen: Ökonomische Interessen, emotionale Bedürfnisse und politische Ziele scheinen sich so gleichermaßen über die Einheit in der Nation verwirklichen zu können. Die

---

26 Vgl. Robert Hettlage, Identitätsmanagement, in: Robert Hettlage u.a. (Hrsg.), Identitäten in Europa. Wandel und Inszenierung kollektiver Zugehörigkeit, WeltTrends Nr. 15, 1997, S. 7-27, hier S. 10f.

27 Michael Real, Super Media, zit. nach Friedrich Krotz, Kommunikation als Teilhabe. Der „Cultural studies Approach“, in: Rundfunk und Fernsehen, 1992, 3, S. 412-431, hier S. 417.

28 Vgl. u.a. Annette Buntgenbach/Hemut Kellershohn/Dirk Kretschmer (Hrsg.), Rückwärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg 1998.

kommunikativen „Strategien“ stellen den sozialen Ungleichheiten in der deutschen „Gemeinschaft“ eine homogene „natürliche“ Kultur entgegen. Identitätskonstruktion über Selbst-/Fremdethnisierung kann so als kommunikative Praxis inszeniert werden, die Übersichtlichkeit, Orientierung, Stabilität gewährt. Die Relevanz der unterschiedlichen Leistungen ethnischer Vergemeinschaftungen und ihre Bindung an Nation sowohl für die einzelnen Individuen als auch für Gruppen kann als sehr unterschiedlich betrachtet werden. Gerade darin liegt vermutlich zum einem ihre integrative Kraft und zum anderen ihre Persistenz und Wandlungsfähigkeit über zeitliche Veränderungen hinweg. Die Frage nach dem „Gebrauchswert“ der Konstruktion von Nation muss als analytische begriffen werden: Der Ausschnitt aus einer Talkshow weist auf die Verschränktheit unterschiedlicher konstitutiver Mechanismen hin, die auf die kommunikative Realisierung der Redens über das nationale „Wir“ einwirken. Die Beiträge lassen sich natürlich intentional im wohlstandschauvinistischen Sinne interpretieren. Jedoch müssen - nicht im Sinne der Relativierung, doch mit dem analytischen Ziel der Klärung der Bedingungen der Hervorbringung ebenso wie die der Akzeptabilität - ebenso Effekte der Integration der AkteurlInnen in bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse Berücksichtigung finden: Die Reproduktion konstitutiver Mechanismen des politischen Diskurses<sup>29</sup> spielt ebenso eine Rolle wie die des medialen Kontextes, bei dem aufgrund der Mehrfachadressierung der Voten „Imagewahrung“ eine besondere Rolle spielt und Artikulationsmöglichkeiten nicht nur von einem Verfügen über „symbolisches Kapital“ im Bourdieuschen Sinne abhängen. Die Analyse zeigt, dass im Prozess der kommunikativen Realisierung in der konkreten Gesprächssituation Bedingungen ausgehandelt werden, die als weitere Ursachen dafür ausgemacht werden können, dass die zugrunde liegende Prämisse des „nationalen Wir“ immer neu reproduziert werden kann. Die integrative Kraft des Nationenkonzeptes ruht somit im Kontext der medialen kommunikativen Produktionsbedingungen und einer ganzen Reihe konsensstiftender „Bezugsquellen“ wie u.a.

- in der interaktiv hervorgebrachten, gemeinsame Bezugnahme auf die „klassischen“ Ressourcen der Nationenkonstruktion wie Sprache, Geschichte, Traditionen, Kultur;
- in der Aktualisierung konsensfähiger politischer Absichtserklärungen (die z.B. über das Schlagwort von der „Integration“ geleistet wird);
- in der Anrufung der „Gemeinschaft der Demokraten“ zur Verantwortungsübernahme im Sinne des Schutzes der „Demokratie“, der „Stabilität des Systems“, der „inneren Sicherheit“;
- im Rekurs auf allseits beschworene Grundwerte wie Gleichheit und Gerechtigkeit;
- in der Diskussion um eine Überforderung des Sozialstaates;
- im Rekurs auf den Topos vom „Ansehen Deutschlands im Ausland“;
- im parteiübergreifendem Rekurs auf konsensfähige Formeln einer Zukunftsbestimmung im Sinne einer „modernen Demokratie“ und die durchweg positiv konnotierte Forderung einer „Ankoppelung an Europa“.

Die Wiederbelebung der Nation scheint somit sowohl von zweckrationalem Handeln und strukturellen Bedingungen der Hervorbringung bestimmt - aber sie unterliegt eben auch

---

29 Vgl. Heinz Lynen von Berg, Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Bundestag (1990-1994), Opladen 2001. Die diskursive Bearbeitung von Themen im Bundestag ist, laut Berg, maßgeblich reguliert durch Parteienkonkurrenz, die Struktur der Gegenüberstellung Regierung-Opposition, traditionsgebundene Parteienprofile und das Konzept der streitbaren Demokratie, das durch fingierte Debatten aufrechterhalten wird.

einer emotionalen Dynamik und damit eigenen sozialpsychologischen Prozessen. Nation und nationale Identität als Konstruktionsprozess zu analysieren und aufzuzeigen, wie sich dieser „die anderen“ erfindet, darf nicht vergessen lassen, dass Konstruktionen als kulturelle Deutungssysteme und Ideologien eine Eigendynamik entwickeln, die sowohl die Gefühle als auch die Strategien formiert: „... wenn und so weit sie geglaubt werden und wenn und so weit dieser Glaube handlungsleitend wird, sind auch die bizarrsten Konstrukte soziale Tatsachen, die gering zu achten zu wahrhaft katastrophalen Folgen führen kann“<sup>30</sup>.

### **Der symbolische Kampf um die politische Mitte: „Metapolitik“ als Fortführung einer „Erosion der Mitte“?**

Im Zeitalter der Identitätspolitik und der Pluralisierung der Lebensstile funktioniere der vom Modus der Werteverwirklichung entlastete Staat, aber er integriere nicht mehr, konstatiert Helmuth Berking. Ohne von der spezifischen gesellschaftlichen Basis als sinnvolle und zweckmäßige Einrichtung anerkannt zu werden, verfüge der Staat nicht länger über die Bestandsvoraussetzung seines Funktionierens.<sup>31</sup> In einer Situation der potentiellen Reduktion des Staates auf eine formale Organisation haben die Äußerungen von PolitikerInnen der großen „Volksparteien“ in ihrem Bezug auf Nation und nationale Identität ein besonderes Gewicht. Die Legitimation staatlicher Politik und politischer Machtausübung werden prekär. Dass in dem Kampf um Wählerstimmen inzwischen auch „Themen der Rechten“ zu „Themen der Mitte“ geworden sind, ist ein Fazit zahlreicher Untersuchungen, auf die bereits hingewiesen wurde. Wenn deutsche Tageszeitungen titeln: „NPD stolz auf die CDU. Rheinland-Pfälzer wollen sich an der Unterschriftenaktion gegen Trittin beteiligen“ (taz, 22. März 2001), so wird deutlich, dass parteipolitische Positionierungen und Abgrenzungen - und dies sicher auch ganz im Sinne taktischer Überlegungen der NPD - verschwimmen. „Die vielbeschworene politische Mitte, wo Wahlen gewonnen werden und sich die Parteien bevorzugt tummeln, hat die politische Farbenlehre bis zur Unkenntlichkeit aufgezogen“ - so kommentierte denn auch die Frankfurter Rundschau die hessische Kommunalwahl im März 2001.<sup>32</sup> Selbst wer der These der Erosion der politischen Mitte nicht zustimmen will, wird zugestehen müssen, dass sich eine Annäherung von rechtsextremen und neokonservativen Argumentationen nicht gänzlich von der Hand weisen lässt. In der wissenschaftlichen Debatte hat diese These eine Diskussion um das gesellschaftlich weitgehend akzeptierte politisch-symbolische Modell der politischen Mitte herausgefordert und wird sie auch in Zukunft weiter herausfordern. Die politische Debatte ist indes gekennzeichnet durch ein Konkurrieren um die Besetzung des Begriffs. Die Bedeutung der Besetzung der „politischen Mitte“ lässt sich aufgrund ihrer Wirkungsmacht als „mit Sanktionsmacht ausgestatteten Platzhalter, An-

---

30 Reinhard Kößler/Tilman Schiel, Nationalstaaten und Grundlagen ethnischer Identität, in: Reinhard Kößler/Tilman Schiel (Hrsg.), Nationalstaat und Ethnizität, Frankfurt/M. 1994, S. 3; als ein Ergebnis einer quantitativen Studie fassen Thomas Blank und Peter Schmidt zusammen: „In Westdeutschland werden ethnische Kriterien dann verwendet, wenn eine hohe Identifikation mit der Nation vorliegt. Dies bedeutet, dass die Forderungen nach einem positiveren Selbstverständnis der Deutschen (...) mit einer Befürwortung der Eigengruppenbestimmung über die Abwertung von Fremdgruppen verbunden ist“ (Thomas Blank/Peter Schmidt, Ethnizität, Nationalstolz und nationale Identifikation in Ost- und Westdeutschland, in: Kößler/Schiel, S. 201-232, hier S. 221).

31 Vgl. Helmuth Berking, Kulturelle Identitäten und kulturelle Differenz im Kontext von Globalisierung und Fragmentierung, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer, Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/M. 2001, S. 91-110.

32 Jochen Siemens, FR, 20.3.2001, S. 3.



wender und Kontrolleurs von politischen und gesellschaftlichen Normen“<sup>33</sup> erklären. Auffällig ist die Ambivalenz, die offene Bekenntnisse zur symbolischen Politik neben die Forderung nach Anerkennung politischer Wirklichkeiten stellt<sup>34</sup>: Mal hat sich die politische Mitte verschoben (Franz Müntefering), mal wird bestritten, die SPD sei die Mitte des politischen Spektrums, das sei „Wunschdenken, nicht aber Wirklichkeit“ (Jürgen Rüttgers), mal wird der Versuch der SPD, die Mitte zu besetzen, als symbolische Strategie gekennzeichnet, die der „Sicherung der SPD-Herrschaft“, der Eroberung der „kulturellen Hegemonie durch Verdrängung, nicht durch Wettbewerb“ dienen solle, die aber scheitern werde, „weil sie mit der Wirklichkeit nicht überein stimmt“ (Friedrich Merz). Entpolitisierung und Kulturalisierung der Politik werden in der Debatte im übrigen unumwunden zugestanden: Wenn der stellvertretende CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers konstatiert, „Wahlen werden in der Mitte gewonnen und nicht am Rand“ und „politische Mehrheiten werden sich zukünftig eher kulturell als politisch definieren“, lautet seine konsequente Zielvorgabe für die CDU, „dass die Union über die kulturelle Mitte die politische Mitte zurückerobert kann“.

„Politik kann nur sehr begrenzt gestalten“, lautet Wolfgang Schäubles Fazit. In einer globalisierten und dezentralisierten Welt sei in Gesellschaft und Politik auf „Wettbewerb als das freiheitssichernde Prinzip“ zu setzen. Eine Politik der Mitte bedeute „Maß und Ausgleich“, damit Stabilität und Ausgleich nicht verloren gingen; „nationale Identität“ als Voraussetzung für Offenheit und Toleranz scheint Schäuble dabei notwendige Voraussetzung, „weil die Menschen gerade angesichts schneller Veränderungen auch Nähe und Vertrautheit suchen“. Jürgen Rüttgers bestätigt: „Die Menschen wollen Vertrauen und die Politik braucht Vertrauen angesichts der Undurchschaubarkeiten von Abläufen und Zuständen in unseren Tagen. Wer aber die Einzelheiten nicht mehr versteht, will wenigstens wissen, wo das Ziel ist“.<sup>35</sup> Als probates Orientierungsmittel wird immer offener (und das parteiübergreifend) nationale Identität reklamiert, die Ausgrenzung rechtfertigt - ethnische, wie leicht zu erkennen ist, denn „die CDU hat immer versucht, diese Aufteilung (des politischen Spektrums in rechts und links, TT) nicht zuzulassen, sondern Lösungen zu suchen, die auch Außenseiter zur Mitte hin integrieren“. Laurenz Meyers Bekenntnis „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“, liest sich auf diesem Hintergrund nunmehr als konsequente Umsetzung einer „Integrationspolitik“: Zwar stimmen im Durchschnitt nur 30 Prozent in West und Ost der Aussage zu (Emnid-Umfrage für Der Spiegel 13/2001, 22) - darunter sind jedoch 48 Prozent Anhänger der Republikaner, DVU bzw. NPD und 45 Prozent der CDU/CSU. Wer hier in die politische Mitte integriert werden kann, bleibt damit wohl kaum eine offene Frage. Und wenn der SPD mit Franz Müntefering tatsächlich dazu nichts anderes einfällt, als festzustellen: „Mitte - der Begriff hat eng zu tun mit der Mehrheit der Bevölkerung, mit ihrem Lebensgefühl und ihren politischen Ausführungen. Daher ist die Mitte nichts Konstantes. Sie verändert sich mit der Gesellschaft. Deshalb war es wichtig für uns, die Mitte zu reklamieren“, so begibt sie sich in eine Warteposition, die einer Erosion der „politischen Mitte“ nichts entgegenzusetzen hat.

33 Vgl. Hans Gerd Jaschke, Politische Richtungsbegriffe im Wandel: Neue Linke, Neue Rechte - Gibt es auch eine neue Mitte?, in: B. Guggenberger/K. Hansen (Hrsg.), Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993, S. 55-73.

34 Alle folgenden Zitate stammen aus der Serie zu „politischen Mitte“ in der Frankfurter Rundschau (vgl. Fußnote 8).

35 FR, 14.2.2001, S. 7.